

„StoP! - Stadtteile ohne Partnergewalt. Community Organizing als Methode zur Prävention häuslicher Gewalt“

von

**Tanja Chawla
Prof. Dr. Sabine Stövesand**

Dokument aus der Internetdokumentation
des Deutschen Präventionstages www.praeventionstag.de
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Zur Zitation:

Tanja Chawla, Sabine Stövesand: StoP! - Stadtteile ohne Partnergewalt. Community Organizing als Methode zur Prävention häuslicher Gewalt, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2011, www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1321

StoP! Stadtteile ohne Partnergewalt – Ein neues gemeinwesenbezogenes Konzept zur Prävention nimmt Gestalt an

Gewalt in Partnerschaften ist kein neues, aber ein anhaltendes und ungelöstes soziales Problem. Die erste bundesweite repräsentative Untersuchung mit 10.000 Teilnehmerinnen zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2003 (BMFSFJ 2004) ergab, dass jede zweite bis dritte Frau nach dem 16. Lebensjahr körperliche Gewalt oder Übergriffe erlebt hat und fast jeder siebten widerfuhr sexualisierte Gewalt im Sinne einer strafrechtlich anerkannten Definition. In 99% der Fälle handelte es sich bei den Tätern um männliche Beziehungspartner, die Gewalt findet in der Regel in den eigenen vier Wänden statt. Laut Carol Hagemann-White und Sabine Bohne erleiden mindestens 22% aller Frauen in Deutschland geschlechtsbezogene Gewalt in einer Weise, die ihre Gesundheit beeinträchtigt (2003: 15, vgl. BMFSFJ 2009). Mitbetroffen sind immer auch, mit massiven Folgen für ihre Gesundheit und Entwicklungschancen, die im Haushalt lebenden Kinder (vgl. Kavemann/ Kreyssig 2006).

Vernachlässigte Größe – die Nachbarschaft

Die professionellen sozialarbeiterischen Interventionen in diesem Problemfeld basieren zumeist auf Ansätzen aus dem Bereich der Beratung oder der Gruppenarbeit und richten sich vor allem an die Opfer von Gewalt. In den letzten Jahren kamen zunehmend auch die Täter in den Blick. Wenig Aufmerksamkeit erhielten bisher das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld der Betroffenen und die – direkt oder indirekt - beteiligten Dritten.

Gerade weil Beziehungsgewalt überwiegend zu hause stattfindet, könnte jedoch die lokale community eine wichtige Funktion für die Eindämmung häuslicher Gewalt und den Schutz bedrohter oder betroffener Personen spielen. Ihre (Nicht) Reaktion hat Einfluss, kann Täter ermutigen oder behindern. Gewaltwiderfahrnis geht häufig einher mit dem Verlust sozialer Bezüge. Je weniger sozial eingebunden die Gewaltopfer sind, je anonym und indifferenter die Nachbarschaft, desto gefährdeter sind sie. Gleichzeitig sind NachbarInnen in Krisensituationen diejenigen, die am schnellsten für die Betroffenen von Beziehungsgewalt erreichbar sind und umgekehrt den kürzesten Weg haben, um zu intervenieren. Sie sind diejenigen, die am ehesten zu direkten ZeugInnen werden und sich eventuell selbst betroffen und gestört fühlen. Damit haben NachbarInnen im Prinzip eine besondere Qualität und (potentielle) Motivation, die einzigartige Anknüpfungspunkte für die Anti-Gewaltarbeit bieten.

Es ginge dabei zum einen um die nachbarschaftsorientierte Mobilisierung sozialer Unterstützung und sozialer Kontrolle, d.h. um die *Interventionsbereitschaft* des Umfelds. Zum anderen müssten Opfer und Täter sich ermutigt fühlen, ihre Situation zu verändern und sich anzuvertrauen. Diese *Veröffentlichungsbereitschaft* ist gerade angesichts des, so empfundenen, privaten Charakters der Beziehungsgewalt sehr bedeutsam. Interventions- und Veröffentlichungsbereitschaft werden hier allerdings nicht als individuelle moralische Dispositionen verstanden, sondern als abhängig sowohl von persönlichen Vorerfahrungen, Ängsten und Einschätzungen, als auch von geltenden, gesellschaftlich vermittelten Normen und spezifischen Ressourcen wie Zeit, Geld und Bildung.

Das meint zum Beispiel: je sicherer Gewaltbetroffene davon ausgehen können, nicht mit persönlichen Schuldzuweisungen und Bagatellisierungen rechnen zu müssen, desto leichter wird es ihnen fallen, ihre Situation anzusprechen; je benachteiligter ein Quartier ist, desto stärker sind zumeist die Belastungen, die auf den Beziehungen liegen; je weniger belastet die

Beziehungen sind, desto mehr steigen die Chancen, Hilfsbereitschaft zu erfahren; je größer das kulturelle und ökonomische Kapital ist, über das Menschen verfügen, desto umfangreichere soziale Netze und desto mehr Unterstützung können sie bieten. Von daher müsste ein sozial-räumlich orientiertes Handlungskonzept individuelle und strukturelle Aspekte verknüpfen.

Gemeinwesenarbeit in Hamburg – *Tarantula* in St. Pauli-Süd und *StoP Steilshoop*

Genau dies ist der Kern von Gemeinwesenarbeit (GWA). GWA befördert den Aufbau lokaler sozialer Netzwerke, unterstützt individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit sowie die Verbesserung der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen in einem Quartier (vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2001). Gemeinwesenarbeit an sich ist kein neuer Ansatz, neu ist die hier vorgeschlagene systematische Anwendung auf die Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt. Dazu liegen praktische Erfahrungen aus der Nachbarschaftsarbeit in St. Pauli vor.

Dort initiierte und begleitete die GWA St. Pauli, eine alteingesessene Stadtteilinstitution, über mehrere Jahre ein Projekt, in dessen Mittelpunkt die männliche Gewalt im sozialen Nahbereich stand. Das Projekt verstand sich als Ergänzung zur Arbeit der Frauenhäuser, seine Ziele waren 1. einen „Klimawechsel“ im Stadtteil herbeizuführen, so dass die Gewalt nicht länger ignoriert und toleriert wird; 2. die Bewusstwerdung über Geschlechterrollen bei Männern und Frauen, Mädchen und Jungen und die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen; 3. die nachbarschaftliche Einmischung und praktische Solidarität mit den Opfern zu fördern, so dass Frauen (und Kinder) nicht aus ihrer Wohnung flüchten und den Stadtteil gegen ihren Willen verlassen müssen.

Die konkrete Utopie bestand darin, dass NachbarInnen, die Schreie und Gepolter aus der Wohnung unter ihnen nicht mehr ignorieren, Gewaltopfer, die Verletzungen nicht verschämt kaschieren, sondern thematisieren, die Kassiererin im Supermarkt einer Frau mit „Veilchen“ ein Informationsblatt zu „Gewalt gegen Frauen“ anbietet, der Kioskbetreiber im Viertel seinen Laden zum „Notausgang“ deklariert, in dem Betroffene umsonst Hilfe herbeitelefonieren können, Männer sich in Kneipenrunden ausdrücklich für Gewaltfreiheit und partnerschaftliche Beziehungen aussprechen. Zentral war der Versuch, dieses bis heute stark tabuisierte Problem zum Gegenstand von Stadtteilöffentlichkeit zu machen, es aus der Privatheit und Unsichtbarkeit heraus zu holen und Menschen vor Ort zu ermutigen, sich aktiv damit auseinander zu setzen.

Das Projekt bestand aus mehreren Bausteinen:

- Befragung von Professionellen im Stadtteil (Ärzte, Polizei, Beratungsstellen, Schulsozialarbeiter) über ihre Erfahrungen und Einschätzungen zum Vorkommen von Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Ziel war neben der Informationsgewinnung auch die Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für das Thema.
- Gestaltung einer Unterrichtseinheit in der Grundschule, in der spielerisch die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Wahrnehmung der Umwelt erforscht und visualisiert werden konnte.
- Durchführung von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Mädchen.
- Einrichtung einer Beratungszeit in den Räumen der GWA St. Pauli-Süd nur für Frauen. Bei der Bekanntmachung in Arztpraxen, Geschäften u.s.w. wurde das Thema der familiären Gewalt explizit angesprochen.
- Herstellung von Öffentlichkeitsmaterialien

- Aufbau einer nachbarschaftlichen Aktionsgruppe mit dem Ziel, das Thema in den Stadtteil zu tragen und Menschen zu ermutigen bei Gewalttätigkeiten einzugreifen.¹

Diese Gruppe bildete das Herzstück des Projektes. Nach anfänglich großer Fluktuation stabilisierte sie sich bei 5 - 8 Frauen, eine davon mit türkischem Migrationshintergrund. Sie veranstaltete Filmabende und Lesungen im Stadtteilzentrum, entwarf und verteilte Infoblätter, Aufkleber und Plakate überall im Viertel, war mit Informationstischen präsent und führte eine Befragung von AnwohnerInnen durch. Männer und Frauen berichteten dabei von ihren Erfahrungen mit Gewaltsituationen, ihrer Ratlosigkeit, ihren Befürchtungen und ihren Strategien des Umgangs, fragten nach Verhaltenstipps und Institutionen, die weiterhelfen können. Höhepunkt der Aktivitäten war eine große Ausstellung in der nächstgelegenen Einkaufsstraße, die weibliche Rachephantasien und Gewalt gegen Frauen zum Thema hatte und die von ca. 3000 PassantInnen gezielt angeschaut wurde.

Dieses Hamburger Stadtteilprojekt hatte in seiner Art für die Bundesrepublik Pilotcharakter. Zu den Elementen gelingender Praxis gehören nach diesen Erfahrungen u. a. gender- und interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen, die Arbeit mit geschlechtlich und ethnisch gemischten Teams, zugehende Arbeit und Arbeit mit bzw. Unterstützung von Schlüsselpersonen sowie die Analyse und Nutzung der Schnittstellen des Gewaltthemas zu Themen- und Problemstellungen anderer interner Arbeitsbereiche des Trägers oder anderer Organisationen im Stadtteil (nicht zusätzlich!).

Aktuell werden einige Bausteine dieses Nachbarschaftskonzeptes, unterstützt von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz unter der Leitung von Prof. Dr. Stövesand (HAW Hamburg) in der Hamburger Großwohnsiedlung Steilshoop erprobt. Das Projekt „StoP“ (Stadtteile/Steilshoop ohne Partnergewalt) hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Kooperationspartner vor Ort sind die Quartiersentwicklung, die Elternschule und das Haus der Jugend Steilshoop.

Kritische Punkte, die es zu reflektieren und diskutieren gilt, aber hier nur angerissen werden können, sind unter anderem die Form, in der soziale Kontrolle ausgeübt wird oder die mögliche Instrumentalisierung von privatem Engagement zum Abbau staatlicher Leistungen, z.B. für Frauenhäuser und Beratungsstellen. Es ist zu betonen, dass die Mobilisierung informeller lokaler Netzwerke und die Nutzung professioneller Angebote vor Ort, ebenso wie lokal ansetzende Arbeit und die Erschließung übergreifender öffentlicher Ressourcen, nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sondern sich ergänzen müssen.

Methodisches Vorgehen

Abschließend möchte ich einige Schritte und Methoden nennen, die genuine Bestandteile eines GWA-orientierten Handlungskonzeptes zur Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt sein sollten:

1. explizite Entscheidung einer Einrichtung bzw. eines Trägers, das Thema aufzugreifen und Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten, Finanzmittel) dafür zur Verfügung zu stellen
2. Erforschung des Gemeinwesens und gleichzeitige Aktivierung (Sozialraumanalyse, aktivierende Befragung, Techniken des Community Organizing)
3. Aufbau nachbarschaftlicher Aktionsgruppen (durch eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit; in der Gruppe: z.B. Biographie- und Erinnerungsarbeit)
4. Verbreiterung des Aufbaus nachbarschaftlicher Netzwerke und von Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit (z.B. Straßenfeste, Flohmärkte, Ausstellungen umsonst und draußen, künstlerische Interventionen, öffentliche Infotische, Filmabende, alltagsorientierte

¹ Ausführlicher dazu: Stövesand 2007

Erwachsenenbildung, Schulprojekte, dialogisches Lernen, Zukunftswerkstatt, Forum- und Statuentheater)

5. Initiierung bzw. Ausbau von Vernetzung und Kooperationen auf Stadtteilebene: Aufbau von bzw. gezielte Mitarbeit in Stadtteilarbeitskreisen, Ressourcenbündelung, gegenseitige Qualifizierung

6. Angebote individueller Unterstützung (Rechts- und Sozialberatung, Vermittlung von Kontakten zu anderen Institutionen herstellen oder Kooperationen mit ihnen eingehen, personenzentrierte Netzwerkarbeit)

7. Etablierung einer kontinuierlichen, kleinteiligen Beziehungs- und Organisationsarbeit (siehe unter 3. und 4.)

8. Entwicklung politischer Bündnisse und politischer Forderungen (Strategieentwicklung und Anwendung gezielter Taktiken, politische Netzwerkarbeit)

Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2004. Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung der Studienergebnisse. Berlin
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2009. Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen. Berlin

Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Dieter, Oelschlägel (Hg). 2001. Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster

Kavemann, Barbara/Kreyssig, Ulrike (Hg.) 2006. Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden

Stövesand, Sabine. 2007. Mit Sicherheit Sozialarbeit! Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zur Reduktion von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernementalität. Münster

Sabine Stövesand, Dr. phil., Professorin an der Fakultät Wirtschaft und Soziales, Dept. Soziale Arbeit der HAW Hamburg, sabine.stoevesand@haw-hamburg.de